

DIETER BINGEN

ZWISCHENRESÜMEE:
REKONSTRUKTION UND KONSTRUKTION
NATIONALER IDENTITÄT IM ZEITALTER EINER
IMPERIALEN FORMATION AUS DEM GEIST
DES MODERNEN NATIONALISMUS

Für die Ära der sowjetischen Hegemonie im östlichen Europa nach dem Zweiten Weltkrieg (1944–1989) stellt sich die Frage nach der Relation zwischen dem von internationalen Rahmenbedingungen und Abhängigkeitsverhältnissen präjudizierten außenpolitischen Handeln einerseits und Konstruktionen nationaler Identität bei der Legitimation von Herrschaft seitens der innenpolitischen Akteure andererseits ebenso wie für die Zwischenkriegsära und die Zeit nach dem Ende des sozialistischen Lagers in Europa.¹ Dieses von der Projektleiterin Bianka Pietrow-Ennker formulierte erkenntnisleitende Interesse sollte in den Einzelstudien zu ausgewählten Ländern des politisch definierten „Osteuropa“ zu frappierend ähnlichen Ergebnissen bei unterschiedlichsten länderspezifischen Ausgangsbedingungen für Nationsbildungsprozesse und Konstruktionen nationaler Identität führen, blickt man – die Jahre 1944–1989 bilanzierend – auf jeden einzelnen in diesem Band berücksichtigten sozialistischen Staat Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas.² Dabei ist die unauflösliche Wechselwirkung innerer und äußerer Politik als Konstante für die Entwicklung in allen Phasen zu konstatieren, ohne dass man von der Sache her über den Primat einer Verursachung entscheiden könnte.

Die in diesem Kapitel vorgestellten Fallstudien gehen davon aus, dass die Machtverteilung in der internationalen Umwelt, der außenpolitische Faktor, die existenzielle Abhängigkeit der innenpolitischen Akteure (die

¹ Siehe das Vorwort von Bianka Pietrow-Ennker in diesem Band.

² Vgl. auch den einführenden Beitrag von Teil II von Jan C. Behrends in diesem Band.

KPs und Arbeiterparteien) von der äußeren Macht (KPdSU) die bestimmenden Faktoren für die Brüche und Kontinuitäten von Nationsbildung und nationaler Identitätsstiftung in den mehr als vier Jahrzehnten Herrschaft des „Realen Sozialismus“ in Europa waren. Wobei hier schon das Resümee ein wenig vorwegnehmend konstatiert wird, dass die sozio-ökonomische, politische und kulturelle Entwicklung der nationalen Subsysteme des sozialistischen Weltsystems in Europa auf dialektische Weise zur Renaissance des auf innen- und außenpolitische Souveränität pochenden nationalstaatlichen Denkens am Ende des 20. Jahrhunderts geführt hat.

Jedenfalls war dessen Re-Konstruktion der „Erfolg“ der Politik der „Imperialen Formation“ in ihrem Glacis in Europa,³ ja sogar außerhalb, im multinationalen Jugoslawien. Das Besondere im Allgemeinen war, dass die imperiale, multiethnische und multinationale Sowjetunion selbst von dem Virus der nationalen, exklusiv verstandenen Selbstbefragung „Wer bin ich?“ (ohne den hybride Identität konstatierenden Zusatz „... und wie viele?“) infiziert wurde und an dem Widerspruch von Imperium und Titularnation (Sowjet-Russland) gescheitert ist, befeuert von der nationalen Wiedergeburt vor allem in den zivilisatorisch am weitesten fortgeschrittenen baltischen Sowjetrepubliken, aber auch von den ukrainischen und georgischen⁴ Nationalbewegungen, teilweise befördert von den sich nationalisierenden KPs in den Titularnationen.

Die Beiträge in diesem Hauptteil führen bei aller Unterschiedlichkeit ihrer zeitlichen Fokussierung und unterschiedlich stringenter Orientierung an den von der Herausgeberin empfohlenen Parametern⁵ zu vergleichbaren Ergebnissen. Das dosierte Spiel, die Instrumentalisierung des an der Ethnie orientierten Konstruktes der Nation, zugespitzt formuliert: des integralen Nationalismus⁶ als höchster Form des Sozialismus, trug einerseits zur zeitweisen Legitimierung des weitgehend, aber nicht vollständig oktroyierten stalinistischen Sowjetsystems⁷ bei und pflanzte zugleich das Ferment für die Herrschaft der teils totalitären, später autoritä-

³ Siehe Dietrich Beyrau in diesem Band.

⁴ Vgl. die erste, bis heute lesenswerte deutschsprachige Publikation zur georgischen Nationalbewegung: JÜRGEN GERBER, *Georgien: Nationale Opposition und kommunistische Herrschaft seit 1956 nach dem Zweiten Weltkrieg*, Baden-Baden 1997.

⁵ Siehe das Vorwort von Bianka Pietrow-Ennker in diesem Band.

⁶ In der Tschechoslowakei Bi-Nationalismus.

⁷ Für Jugoslawien siehe Nada Boškowska, für die Tschechoslowakei siehe Pavel Kolář in diesem Band.

ren kommunistischen bzw. sozialistischen Parteiherrschaft ein. Es ist geradezu faszinierend, dass ausnahmslos alle Beiträge bei aller ebenso beeindruckenden historisch bedingten Länderspezifität der politischen und kulturellen Prozesse in den sozialistischen Staaten den Befund bestätigen. Zur Ironie der Geschichte gehörte es, dass abgesehen von kultureller Selbstbehauptung (Sprache, Religion, kulturelle Träger im Lande und in der Diaspora) die „Avantgarde der Arbeiterklasse“ mit ihren primär sozioökonomischen Forderungen an die sie angeblich vertretende Partei nicht unerheblich zur nationalen Souveränisierung beigetragen hat.⁸

Nicht nur das vorrevolutionäre Russland als hegemoniale Nation und als Imperium, ebenso das bolschewistische Sowjet-Russland wie auch das sich auf die Nation besinnende postsowjetische Russland hatten – sollte es zum Schwur, d. h. zur Machtfrage, kommen – nur die Repression – *sticks*, aber keine *carrots* – zur Hand gehabt, wie schon die kolonialen Imperien Europas in Europa selbst und auf den anderen Kontinenten seit dem 19. Jahrhundert. Die Ukraine ist hierfür ein exemplarisch tragischer Fall in Europa über Jahrhunderte hinweg. Ob Katharina II., Iosif Stalin, Nikita Chruščev oder Vladimir Putin, die Ukraine galt und gilt (auch vielen russischen Demokraten) als Fleisch vom Fleische Russlands, hatte kaum die Chance zur Bildung einer Staatsnation.

Kateryna Kobchenko arbeitet heraus, wie die „Vereinigung der verschiedenen Teile der Ukraine, die eine Hauptbestrebung der ukrainischen Unabhängigkeitskämpfer unterschiedlicher politischer Couleur und der verschiedenen Generationen war“, ⁹ letztlich von der „imperialen Formation“ (Dietrich Beyrau) verwirklicht wurde, um die Ukraine an die Union zu binden und Zwietracht zu säen. Dies hieß, die sowjetrussische Vorherrschaft zu legitimieren, um nicht ein neues nationales Narrativ zu nähren, das die Zukunft der Ukraine womöglich als überlebensfähige Staatsnation würde begründen können, in der die russische Minderheit mit gleichen Rechten wie die Titularnation ausgestattet wäre. Ungewollt stärkte Moskau die Konzeption ukrainischer Staatlichkeit, die potenziell die territoriale Integrität des Landes in den von der Sowjetunion großzügig gesteckten Grenzen als Stabilität versprechende Perspektive am Horizont erscheinen ließ. Kobchenko verweist stark auf den außenpolitischen Faktor, die Diaspora und die miteinander konkurrierenden Nationskonstruktionen im Exil. Gerade im Fall der Ukraine und Polens spielte die Emigration eine wichtige Rolle für nationale Selbsterhaltung und Identitäts-Re-

⁸ Für Polen siehe Florian Peters, für Rumänien Mariana Hausleitner in diesem Band.

⁹ Siehe Kateryna Kobchenko in diesem Band.

konstruktion, ebenso wie die jeweiligen „National“-Kirchen (uniert bzw. römisch-katholische Kirche). Dazu kam auch „der Westen“, insbesondere die USA, als Akteur. Dieser retardierte die internationale Sanktionierung ukrainischer Souveränität über das Jahr 1989 hinaus, da auch demokratische westliche Eliten die Ukraine weitverbreitet in einem multinationalen postsowjetischen russischen Imperium verortet sahen.¹⁰ Die imperiale Brille Moskau setzten sich westliche Eliten auf, wenn sie auf Kiev blickten und sie tun es mit Blick auf das ehemalige sowjetische Glacis in Abstufungen trotz EU- und NATO-Mitgliedschaft der ostmittel- und südosteuropäischen Staaten oft bis heute.

Wenn die Ukraine in den Nationsbildungsprozessen, die in diesem Band untersucht werden, als (Staats-)Nation bis heute am prohibitivsten den außenpolitischen Faktor erfährt, so gilt der Nachbar Polen gemeinhin als eine der ältesten historischen Nationen im Osten Europas, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts über einen eigenen Staat verfügte, wobei sie in den jahrhundertelangen konfliktreichen Nachbarschafts-, vorwiegend Hegemonialbeziehungen (in der *Rzeczpospolita* vor den Teilungen des 18. Jahrhunderts) ihrerseits *nolens* wie *volens* einen Beitrag zur ukrainischen Nationsbildung leistete.

Polen war nach 1944 zum zweiten Mal im 20. Jahrhundert nach der (Wieder-)Erringung der staatlichen Unabhängigkeit im Herbst 1918 gezwungen, den eigenen Staat zu konsolidieren. Wie im und nach dem Ersten Weltkrieg waren nach 1944 das System der internationalen Beziehungen und der außenpolitische Faktor Russland bzw. Sowjetunion von entscheidender Bedeutung für die Bestimmung der nationalen Traditionslinien und das dominante nationale Narrativ, wie Florian Peters in seinem Beitrag¹¹ herausstreicht: Die territoriale Westverschiebung und die ethnische Homogenisierung waren von äußeren Mächten vorbestimmt. Wie Peters überzeugend darlegt, konnte das neue kommunistische Legitimationsnarrativ solange zumindest eine passive Akzeptanz in einem Großteil

¹⁰ In der von dem Kolumnisten William Safire in der New York Times (29.08.1991) als „Chicken Kiev“-Speech bezeichneten Ansprache von Präsident George H. W. Bush am 01.08.1991 vor der *Verkhovna Rada* warnte der Präsident vor Unabhängigkeitsbestrebungen („suicidal nationalism“) im Kontext des drohenden Zerfalls der Sowjetunion und warb für eine erneuerte Sowjetunion. Er befürchtete offenbar eine weitere unkontrollierbare Entwicklung (Coup der retardierenden Kräfte gegen Gorbachev) und die Destabilisierung der internationalen Ordnung. Die Rede war von Condoleezza Rice entworfen worden – https://en.wikipedia.org/wiki/Chicken_Kiev_speech (Zugriff: 03.09.2020). Siehe auch Kateryna Kobchenko in diesem Band.

¹¹ Vgl. Florian Peters in diesem Band.

der polnischen Gesellschaft erfahren, solange die kommunistische polnische Elite das Gefühl des Verlusts der *Kresy* mit dem Gefühl der „Rückkehr“ der ehemaligen deutschen Ostprovinzen in den polnischen Staatsverband kompensieren konnte und Polen territorial näher an den Sehnsuchtsort rückte, den der Westen Europas für viele Polen bedeutete. Dazu entsprach die Gestalt des nach der NS-deutschen Judenvernichtung, nach den Vertreibungen und Umsiedlungen während und infolge des Zweiten Weltkriegs wiedererstandenen Polens weitgehend den Vorstellungen der Nationaldemokraten der Zwischenkriegszeit. Abgesehen von dem Verlust der östlichen Wojewodschaften (*Kresy*) kam das Polen in den neuen Grenzen auch den Wünschen der überwältigenden Mehrheit der Nachkriegsbevölkerung entgegen, die nun erstmals in der 1000-jährigen Geschichte zu weit über 90 Prozent ethnisch polnisch und römisch-katholisch war. Dazu kam das teilweise erfolgreich eingelöste Modernisierungs- und Wohlstandsversprechen¹² mit kleinen kulturellen Freiheiten und Effekten, das in Polen zu der kommunistischen Herrschaftsstabilisierung seit 1957 beitrug.

Das exklusive kommunistisch-nationaldemokratische Geschichtsnarrativ wirkt bis in die neue Geschichtspolitik der PiS als Regierungspartei hinein. Damit gehören die Ideologeme der Volksrepublik zur Nationalgeschichte und können nicht als reine Importprodukte von „polnischen Moskowitern“, das heißt „Verrätern“, in Warschau gedeutet werden. Um mit Florian Peters zu sprechen heißt das, „die Volksrepublik als integralen Bestandteil der polnischen Nationalgeschichte anzuerkennen und ihre tiefgreifenden Nachwirkungen hervorzuheben“.¹³

Das ursprünglich nationaldemokratische Narrativ der „ewigen“ Feinde, dem auch die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) frönte, dekonstruierte die PVAP-Führung als Legitimationsmotiv mit der ersten Normalisierung der Beziehungen zu der Bundesrepublik Deutschland 1970. Als ewiger Feind, revisionistisch und revanchistisch Polens territoriale Integrität bedrohend, konnte das Land, das die Modernisierung Polens in den 1970er Jahren mitfinanzieren sollte, nicht mehr überzeugend dienen.

Führende Repräsentanten der polnischen demokratische Opposition im Polen der 1970er und 1980er Jahre versuchten, so Florian Peters Gregor Feindt zitierend,¹⁴ den Nationsbegriff vom ethnisch-exklusiven in den

¹² Ebd.

¹³ Ebd.

¹⁴ Ebd.

staatsbürgerlich-inklusive Sinn zu wenden. Inspiriert wurden sie von der kulturellen Emigration um die Pariser Zeitschrift „Kultura“. Mit ihren Aktivitäten hatte sie wie die ukrainische politische Diaspora einen Einfluss auf das Konstrukt der Nation in den heimischen Dissidenten- und Oppositionskreisen, der höher einzuschätzen ist als in den anderen „Vassallenstaaten“ der Sowjetunion und in den Nationalbewegungen innerhalb der Sowjetunion.

Die historischen Debatten im polnischen zweiten Kreislauf und im Exil schlugen sich in einem partiellen und möglicherweise vorübergehenden Erfolg nieder. Der zeigte sich in entspannteren Nachbarschaftsbeziehungen zu Litauen, Belarus, der Ukraine und Deutschland nach 1990, aber auch in der Europäisierungsdebatte vor dem EU-Beitritt 2004. Darüber hinaus stand in Polen nun auch das mythologisch wechselweise heroische und martyrologische historische Narrativ in der Selbstkritik, die Mitte der 2000er Jahre in der erbitterten Jedwabne-Debatte ihren ersten emotional aufgeladenen Kulminationspunkt erreichte. Der partielle *Backlash* in den darauffolgenden Jahren wird in diesem Band von Klaus Ziemer beschrieben.¹⁵

Der Beitrag von Pavel Kolář¹⁶ kontrastiert in der Akzentsetzung mit Florian Peters Studie. Es sind zum einen die unterschiedlichen Zugänge, Fragestellungen und Fokussierungen der Autoren, bei Kolář die Analyse von Unterordnung und Autonomie in den außenpolitischen Akzentsetzungen zugunsten von nationalen tschechoslowakischen Interessen. Vielmehr bringt der Vergleich aber noch eine eindrucksvolle Bestätigung dafür, dass die Phasen der Sowjetisierung als auch die Politiken der einzelnen Staaten bis 1989 frappierende Unterschiedlichkeiten aufweisen. Sie sind Beleg dafür, dass es nicht allein sowjetische Panzer, Politiker und Polizei waren, sondern durchaus heimische kommunistische und nicht-kommunistische Akteure (nicht nur Edvard Beneš), die in den 1930er/40er Jahren zu Trägern der Definition der nationalen Identität, der Geschichtsdeutung und der außenpolitischen Positionierung in ihren Ländern wurden. Sie waren Fleisch vom Fleische, was insbesondere im Fall Polens nach 1990 für geschichtspolitischen Streit und unversöhnliche politische Lagerbildung sorgte und weiterhin sorgt.

Wie anders die Ausgangslage der Tschechoslowakei 1945 war, arbeitet Kolář heraus und kann auf die „Vormünchner“ ČSR verweisen und darauf, dass ohne direkten außenpolitischen Druck unter der Oberfläche

¹⁵ Siehe Klaus Ziemer in diesem Band.

¹⁶ Siehe Pavel Kolář in diesem Band.

der liberalen Demokratie der integrale Nationalismus mit ethnozentrischen und zeitweise auch völkisch-rassistischen Elementen durchaus vorhanden war und in den Sozialismus gleichsam „hinübergerettet“ wurde – sowohl im tschechischen wie auch im slowakischen Teil¹⁷ des binationalen Staates. Für die Vertretung außenpolitischer Positionen war auch von Bedeutung, dass die Tschechoslowakei das einzige Land unter den im politischen Sinne osteuropäischen Staaten – neben dem hier nicht untersuchten Bulgarien – mit einem slawophilen Element aus vorkommunistischer Zeit und einer starken KP vor 1939 war.

Das erleichterte der Sowjetunion die Integration in das Imperium. Innenpolitische Prioritäten und außenpolitische Konzeption gestalteten den Übergang zum Sozialismus fließender als beispielsweise in Polen oder Ungarn. Andererseits war der geschichtsnarrative Bruch in der ČSR mit den bürgerlichen Vorkriegseliten bis 1939 wegen deren Appeasement gegenüber Deutschland härter als in Polen, da dort die herrschende Schicht keine andere Wahl als die Widerständigkeit gegenüber dem deutschen Aggressor hatte und als Träger der nationalen Identität zu den ersten Opfern der brutalen Besatzungsherrschaft wurde. Zynischerweise war damit bereits 1944 Widerstandspotenzial gegen die Sowjetisierung Polens dezimiert.

Der deutsche Faktor war durch den Grundkonflikt mit dem westlichen Nachbarn über die Frage der Ungültigkeit des Münchner Abkommens (*ex tunc* oder *ex nunc*) und der Vertriebenenproblematik für die sozialistische Tschechoslowakei von einer Staatsräson getrieben, die die kommunistischen Herrschaftsträger zu Repräsentanten des nationalen Interesses machte. Im tschechoslowakischen Fall arbeitet Kolář die teilweise überraschenden Kontinuitätslinien von quasi systemunabhängigen außenpolitischen Positionierungen von der Vorkriegtschechoslowakei bis in die 1980er Jahre erhellend heraus. Er erklärt auch das niedrige außenpolitische Profil einer kleinen Republik in der seit dem Ende des 18. Jahrhunderts konfliktreichen Zone tektonischer Verschiebungen innerhalb der und zwischen den großen europäischen Nachbarn an allen Außengrenzen der (späteren) Tschechoslowakei.

Der Beitrag von Regina Fritz¹⁸ fokussiert zeitlich auf die Positionierung Ungarns für die Pariser Friedenskonferenz und die Friedensverhandlungen 1946/47 und lässt das sozialistische Ungarn nach 1947 außerhalb ihrer Betrachtung. Es ist aber eine gelungene Fallstudie, in der die von

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Siehe Regina Fritz in diesem Band.

Bianka Pietrow-Ennker formulierten Fragestellungen wie in einem Brennglas thematisiert werden.

Die noch nicht endgültig etablierte neue kommunistische Macht in Ungarn musste mit der Erblast umgehen, dass das Land noch in den letzten Monaten des Dritten Reichs, seit August 1944, mit der Machtübernahme der Pfeilkreuzler, engster Verbündeter Hitlers wurde. Die zukünftigen Verhandlungsführer auf der Pariser Friedenskonferenz begaben sich auf die Suche nach dem außenpolitisch am meisten Erfolg versprechenden Narrativ der Nationalgeschichte, von Schuld und Entschuldigung, Verantwortung und Distanzierung von der jüngsten Geschichte ungarischer Staatlichkeit. Wieviel Schuldeingeständnis und wieviel Distanzierung von den alten Eliten waren erfolversprechend, um auf internationalem Parkett mit den Vertretern der Alliierten das Beste für Ungarn herauszuholen? „Die geschichtspolitische Auseinandersetzung über die Vergangenheit wurde machtpolitischen Zielen untergeordnet“ (Kollaboration und Mitverantwortung der alten Eliten, Widerstand und Opferrolle der Bevölkerung), so Fritz.¹⁹

Mit Hilfe des Narrativs vom „Bruch mit der Vergangenheit“ sollte verhindert werden, dass Ungarn allzu sehr bestraft (Reparations- und Territorialfragen) würde.²⁰ Dies entsprach dem Interesse der neuen Hegemonialmacht, der an der nationalen Legitimierung in einer zutiefst anti-kommunistischen Gesellschaft gelegen sein musste. Dazu gehörte auch das Narrativ der neuen Macht in Ungarn, in der Kontinuität der Revolutionäre von 1848 im Dienste der nationalen Befreiung von fremder Herrschaft zu agieren. Innen- und außenpolitische Motive gingen hier ineinander über, wie es grundsätzlich der Fall ist bei jeglicher Befassung mit *nation-building*, nationaler Identität und außenpolitischen Vorstellungen und Interessen zum Zwecke der Selbstlegitimierung und deren Anerkennung durch die Staatenwelt. So ist dem Ausblick der Autorin sicher zuzustimmen, dass das Externalisierungs- und Entlastungsnarrativ nach dem politischen Umbruch 1989 aktualisiert worden sei und bis heute den politischen Diskurs charakterisiere, ebenso wie der erneute Rückgriff auf 1848.

Wie Jan C. Behrends in seinem Einführungsbeitrag zu diesem Teil ausführte, blieben die Ressentiments und Konflikte der Zwischenkriegszeit auch nach der Sowjetisierung der von der Roten Armee „befreiten“ Staaten Europas weiterhin virulent. Das Erbe der Geschichte und der exklusiven nationalen Mythen und Interessen „spielte auch unausgespro-

¹⁹ Ebd.

²⁰ Ebd.

chen weiterhin eine entscheidende Rolle für das nationale Selbstverständnis.“²¹ Dieser Befund sollte nicht nur im Fall des polnisch-deutschen Verhältnisses, sondern insbesondere auch in den ungarisch-rumänischen Beziehungen nach 1945 eine Rolle spielen. Die Sowjetunion wurde dort wie hier der Entscheider über Inhalt und Austragungsform der Konfliktregelung.

Mariana Hausleitner betrachtet dieses Dependenzverhältnis auf den Konfliktfeldern der rumänisch-sowjetischen Beziehungen.²² Das System der internationalen Beziehungen in Europa und die Interessenlage der für die rumänische Position in den außenpolitischen Beziehungen entscheidenden Mächte hatten zur Folge, dass das Land sich nach dem Zweiten Weltkrieg, wie schon nach dem Ersten Weltkrieg, – auch im Hinblick auf die außenpolitischen Freiräume – mehr als „Sieger“ fühlen konnte, als dies für Ungarn der Fall war. Obwohl Rumänien bis 1944 sogar mit eigenen Verbänden in den Krieg gegen die Sowjetunion gezogen war, konnte es seine Territorialverluste im Friedensvertrag von 1947 auf Bessarabien und die Nordbukowina begrenzt halten und durfte den großen Gewinn der ungarisch und deutsch besiedelten Gebiete im Vertrag von Trianon von 1920 behalten. Das „Bündnis“ mit der Sowjetunion begrenzte die Territorialverluste von Hitlers Verbündetem.

Die nationale, aus dem vorkommunistischen Rumänien tradierte Geschichtskonstruktion des sozialistischen Rumänien vertrug sich mit der neuen internationalen Lage, solange die rumänische kommunistische Führung bis in die Ceaușescu-Zeit das spätstalinistische System nicht antastete und mit einer repressiven Politik gegenüber der ungarischen und deutschen Minderheit die nationale Legitimierung der regierenden Partei zu stärken suchte. Dieser Deal wurde erst im Niedergang der Ceaușescu-Ära aufgekündigt. Solange die rumänische Führung eine zentralistische Wirtschaftspolitik und eine spätstalinistische Innenpolitik führte, blieb außenpolitische Profilierung, blieben Alleingänge ungestraft (beispielsweise in den Beziehungen zu Jugoslawien, zu China, zu Israel und zur Bundesrepublik Deutschland seit 1967, bezüglich der Ablehnung der Warschauer Pakt-Intervention in der ČSSR 1968).

Mariana Hausleitner arbeitet in ihrem Beitrag sehr anschaulich heraus, wie sich das Interesse der sowjetischen Führung an der Aufrechterhaltung von eingefrorenen Konflikten zwischen den Bündnisstaaten (insbesondere mit Ungarn) über Jahrzehnte mit den Interessen der aufeinanderfolgenden

²¹ Siehe den einführenden Beitrag von Jan C. Behrends in diesem Band.

²² Siehe Mariana Hausleitner in diesem Band.

kommunistischen Führungen und den Versuchen der nationalen Legitimierung vertrug, die der traditionellen sowjetischen Minderheiten- und Nationalitätenpolitik (*divide et impera*) entgegenkamen. Wirtschaftliche Entlastung verschaffte sich der Hegemon durch das starke wirtschaftliche und finanzielle Engagement des Westens in Rumänien vor allem in den 1960/70er Jahren, das ebenso wie die eigenwillige Außenpolitik zeitweise die Legitimation im Inneren stärkte und ein positives internationales Image des Landes begründete. Das war schon verloren, als mit Michail Gorbachev in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre die Karten im Sowjetblock neu gemischt wurden, auch darauf weist Hausleitner hin.²³

Nada Boškowska²⁴ legt in ihrem Beitrag zu dem einzigen hier untersuchten Land außerhalb des Warschauer Pakts, dem multiethnischen Jugoslawien, dar, dass die außenpolitische Emanzipation einem zeitweise hervorragenden Image auf der Weltbühne förderlich war, das Jugoslawien im Kalten Krieg zu einem *Leader* der Blockfreien-Bewegung werden ließ. Tito hat seine in der Tat bemerkenswerte Unabhängigkeit in der internationalen Politik erringen und erhalten können, da Jugoslawien für seine Befreiung von der NS-deutschen Herrschaft nicht auf die Rote Armee angewiesen war und er innenpolitisch in den ersten Jahren einen stalinistischen Kurs fuhr, andererseits in der sozialistischen föderativen Republik eine über Jahrzehnte als ausreichend empfundene nationale Selbstbehauptung der Republik-Nationen erlaubte.

Ließ aber der Druck äußerer Bedrohung und des Systemkonflikts in Europa nach und wurde die Hegemonie der Serben immer deutlicher und das Ausbeutungsgefühl der ökonomisch am weitesten fortgeschrittenen Republiken Slowenien und Kroatien immer größer, half auch die einer fairen Föderationslösung wohlgesonnene internationale Umwelt nicht mehr, den multiethnischen Staat zu bewahren. Die zentrifugalen Kräfte vor allem von Serbien, Kroatien und Slowenien wurden nicht mehr eingefangen, weil es kein nationenübergreifendes Narrativ, keine verbindende Geschichte und Geschichtserzählung gab.

Vergleicht man die Prozesse des *nation-building* in den Staaten des europäischen Glacis der Sowjetunion und in den baltischen Republiken nach dem „Anschluss“ an die Sowjetunion 1940/44, so lässt die Darstellung von Elena Zubkova²⁵ in diesem Kapitel den Schluss zu, dass die Vektoren und Instrumente der Logik von Systemen gehorchten. Ver-

²³ Ebd.

²⁴ Siehe Nada Boškowska in diesem Band.

²⁵ Vgl. Elena Zubkova in diesem Band.

gleichbar mit dem Fall des südlichen Nachbarn Polen sind die Phasen der sogenannten „kleinen Stabilisierung“ in den 1960er und 1970er Jahren mit zeitweisem Loyalitäts- und Legitimationszuwachs für die regierenden Parteien verbunden, der aber an den systemimmanenten Widersprüchen (Zentralismus, Inkompatibilität mit den ökonomischen Gesetzen des Marktes) wieder zerbröselte.

Erschwerend kamen im inneren Imperium die forcierte Ansiedlung von Russinnen und Russen insbesondere in Lettland und in Estland dazu, souveränisierungsfördernd erwiesen sich vor allem seit dem Aufstieg Michail Gorbachevs 1985 äußere Faktoren wie die Aktivität der Emigration in Westeuropa und Nordamerika und die Nichtanerkennung der Annexion der baltischen Republiken durch die westlichen Staaten. Entscheidend blieb aber sicherlich, dass Moskau niemals ein ökonomisch und kulturell attraktives Angebot an die Eliten, insbesondere auch die sich emanzipierenden kommunistischen Parteiführungen in Tallinn, Riga und Vilnius zu machen in der Lage war und im Gegenteil noch im Winter 1991 militärische Gewalt zur Aufrechterhaltung der Union androhte, was den „Abfall“ geradezu unausweichlich machte.

Fazit

Die Sowjetisierung der Staaten Ostmittel- und Südosteuropas seit 1944, die von der Sowjetunion entweder, wie im Falle der baltischen Staaten und von Teilen der Ukraine und Belarus, annektiert oder in eine beschränkte Souveränität entlassen wurden, wie im Falle der Staaten „Zwischeneuropas“, führte nicht wie ideologisch gefordert zu einem späten Sieg des weltrevolutionären Aufbruchs in den „Internationalismus“ (bzw. in das Konstrukt eines postnationalen Zeitalters).

Die Unterdrückung der Nationen und Ethnien im inneren Imperium der UdSSR und die etappenweise Sowjetisierung der ostmitteleuropäischen Staaten sowie die Selbstsowjetisierung Jugoslawiens induzierten unter dem Mantel des sozialistischen Internationalismus die Wiedergeburt des exklusiven Nationalstaatsgedankens von *de facto* weitgehenden Nationalitätenstaaten. Die Zeitspanne der Herrschaft des sog. „realen Sozialismus“ übernahm die Erbschaft des geschmähten „bürgerlichen Nationalismus“ und befeuerte dessen Nachwirkungen nach 1944 und nach der Ausschaltung der bürgerlichen Eliten mit einem seinerseits integralen Nationsnarrativ, das nach der Ausrottung der jüdischen Gemeinschaften bzw. Entmischung von Minderheiten in den mehrheitlich antikommunistischen

nistischen Gesellschaften auf fruchtbaren Boden fiel und die Herrschaft einer kommunistischen Nomenklatur zeitweise legitimieren konnte.

Die nach dem Inferno des Zweiten Weltkriegs beförderten exklusiven Nationalismen und darauf beruhende Konflikte zwischen praktisch allen benachbarten Staaten der Region wurden von der Hegemonialmacht Sowjetunion und den kommunistischen Parteien im Zaum gehalten, in Ersatzschauplätze abgeleitet, zu denen eben die Ethnonationalismen gehörten. Sie in Zeiten des sich abzeichnenden Niedergangs bzw. der Auflösung der alten Ordnung innenpolitisch und entsprechend außenpolitisch aufzufangen und konstruktiv in inklusive nationale Identitätsnarrative und eine verbindende europäische Idee zu wenden, war in der Endzeit des Beobachtungszeitraums in den 1970er und 1980er Jahren zumindest in Diskursen der demokratischen Gegeneliten über die nationale Identität und die geschichtliche Gebundenheit des nationalen historischen Narrativs als eines sinnstiftenden Konstrukts zumindest virulent.

Aber: Die Idee einer Staatsnation mit ausgeprägten Minderheitenrechten in einem europäischen interessen ausgleichenden Verbund hatte in der Konkurrenz mit der vor allem ethnisch homogen verstandenen Nation einen schweren Stand. Dies sollte sich in der Transformationsphase und innerhalb der europäischen Integrationspolitik insbesondere seit Beginn der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts parallel zu entsprechenden Tendenzen im „alten“ europäischen Integrationsraum mit weitgehend destruktiver Kraft zeigen.